



Bundestagswahl und Wirtschaft

Wahl 2025: Fünf Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik

Zuletzt aktualisiert am 24.02.2025 16:21 Uhr



© The Pioneer / Henning Schmitter



Gunther Schnabl

Pioneer Expert

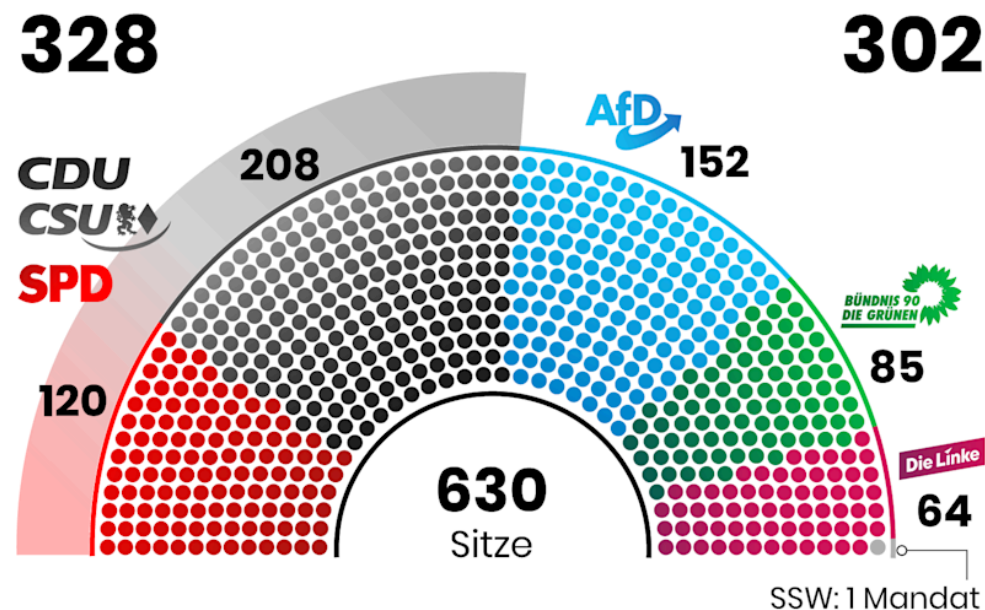
Trotz augenfälliger Schwäche der deutschen Wirtschaft stand der Bundestagswahlkampf 2025 nicht im Zeichen eines ökonomischen Aufbruchs. Auch am Wahlabend war das Thema nur eine Randnotiz. Pioneer Expert Prof. Gunther Schnabl über die aus seiner Sicht fünf wichtigsten Ergebnisse und deren Folgen.

Die hitzige Schlacht um die Sitze im Deutschen Bundestag ist geschlagen. Die Bundestagswahl 2025 hat aus ökonomischer Sicht fünf wichtige Ergebnisse:

1. Die auf soziale Sicherung und Klimarettung fokussierte Politik der Ampel hat einen starken Vertrauensverlust erlitten. Zusammen ging es für **SPD, Grüne und FDP um 19,5 Prozentpunkte nach unten**.
2. Davon profitieren vor allem die Ränder: **AfD, Die Linke und BSW legten zusammen um 19,3 Prozentpunkte zu**.
3. *„Ist Dein Einkauf zu teuer, macht ein Konzern Kasse.“* Der auf **Inflation**, Mietendeckel und Reichensteuer ausgerichtete Wahlkampf der Linken war sehr erfolgreich. Erstaunlich: Obwohl es **Donald Trump** im US-Wahlkampf vorgemacht hat, als er mit Blick auf die Lebensmittelpreise sagte *„Speck geht durch die Decke“*, haben die anderen Parteien das Thema nicht angefasst. Warum wohl?
4. Mit der FDP fällt die liberale Partei aus dem Bundestag, was die **wirtschaftliche Freiheit** in Deutschland weiter schwächt.
5. Im Ergebnis dürfte es zu einer **großen Koalition** aus dem rechnerischen Wahlgewinner Union und der SPD kommen. Die SPD erhält so – als größter Wahlverlierer – ein hohes politisches Gewicht.

Kommt die GroKo?

Sitzverteilung nach der Bundestagswahl 2025



ThePioneer

Quelle: Bundeswahlleiterin
(vorläufiges Ergebnis)

powered by
statista

Aus dieser neuen politischen Konstellation lassen sich fünf Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik ableiten.

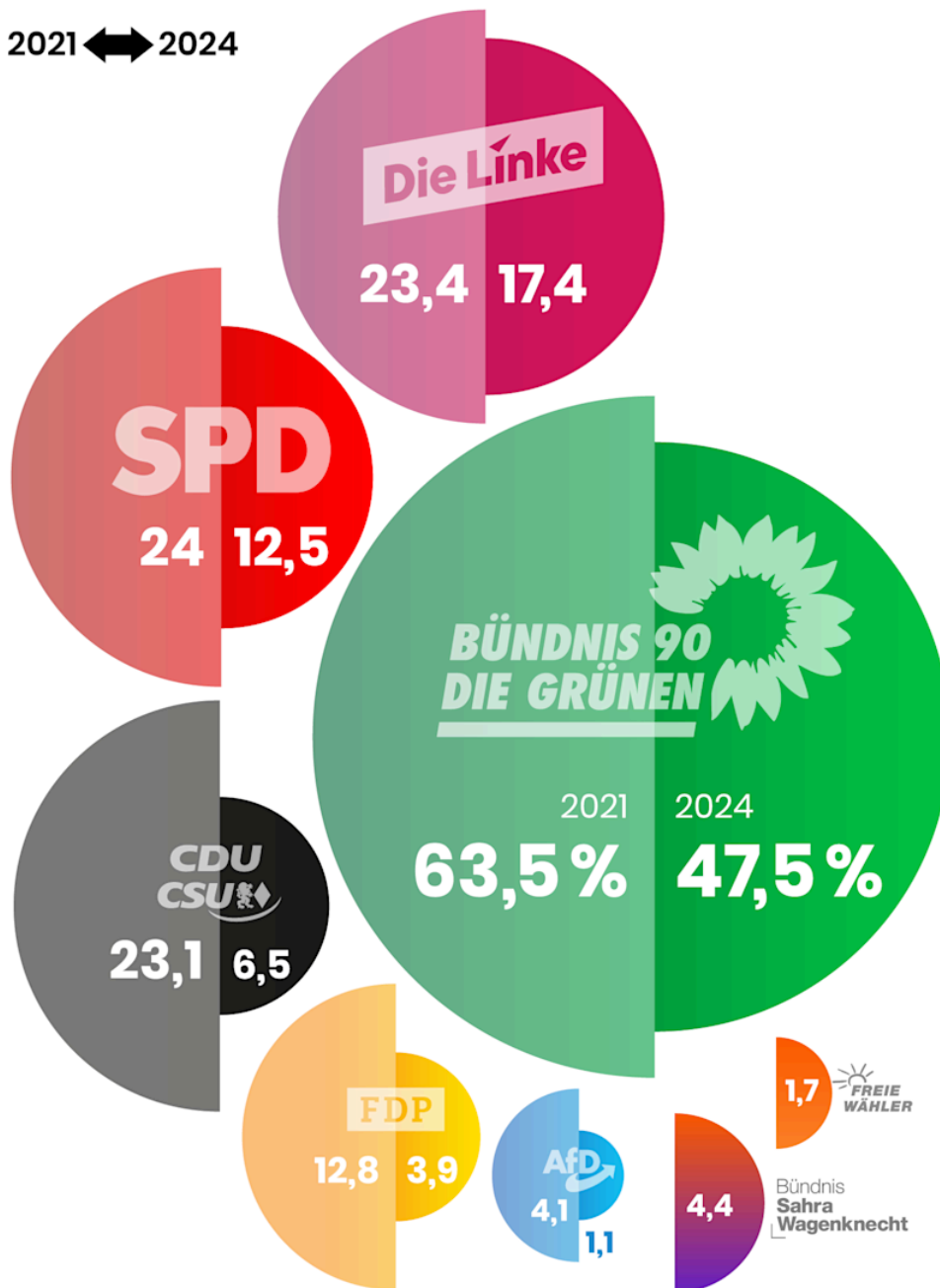
1. **Es riecht nach „Weiter so“!** Weitgehende marktwirtschaftliche Reformen dürften ausbleiben, da die SPD auf die Sicherung des üppigen Sozialstaats bestehen wird. Sonst würde sie noch mehr Wähler an Die Linke verlieren. Wenn die Union „zähneknirschend“ zustimmt, erspart sie sich viel „Reformstress“.
2. Ohne spürbare Ausgabenkürzungen wird der Spielraum für die Absenkung der erdrückenden **Steuer- und Abgabenlast** beschränkt bleiben. Das wird die Kaufkraft der Deutschen auf Dauer dämpfen.
3. Die **Schuldenbremse** dürfte zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft – und möglicherweise wegen anderer „Notfälle“ – aufgeweicht werden. Selbst eine Zwei-Drittel-Mehrheit für deren Abschaffung ist in Sicht.
4. Da ohne Reformen das Wachstum schwach bleibt, wird die **Sozialpolitik die Klimapolitik verdrängen**. Die Wähler haben ohnehin schon länger das Interesse an dem Thema verloren. Hat Robert Habeck vielleicht deshalb „*Wir schützen nicht das Klima, sondern:*

Menschen“ plakatieren lassen? Etwas Bürokratieabbau ist dann möglich. Ein Aus für das Verbrenner-Aus und für die planwirtschaftliche Taxonomie der EU würde zumindest weitere Breitseiten für Wachstum und Wohlstand verhindern.

Klimaschutz rückt in den Hintergrund

Anteil der Wähler, die Klimaschutz als wichtigstes Wahlthema nannten, in Prozent

2021 ↔ 2024



Umfrage von YouGov i.A. Institut der deutschen Wirtschaft/Sinus Institut, Befragungszeitraum August 2021/Dezember 2024

ThePioneer

powered by
statista

5. Mit einer steigenden Staatsverschuldung in Deutschland dürfte der Druck auf die EZB steigen, wieder Staatsanleihen zu kaufen und die Immobilien-, Aktien-, Gold-, Bitcoin- und wohl auch Konsumentenpreise (also die **Inflation**) weiter nach oben treiben. Der Euro würde weiter an Wert gegenüber Dollar und Franken verlieren.

Fazit

Am Wahlabend hat die Wirtschaft in der Berichterstattung von ARD und ZDF kaum eine Rolle gespielt. Das könnte die Interessen der Wählerinnen und Wähler sowie der politischen Parteien widerspiegeln. Nur die Forderung der DGB-Vorsitzenden **Yasmin Fahimi** nach einer schuldenfinanzierten Investitionsoffensive ist mir in Erinnerung geblieben.

Doch ohne Wachstum lassen sich die immensen Herausforderungen bei Infrastruktur, Verteidigung und sozialer Sicherung nicht lösen. Dafür braucht es Reformen und weniger Staat.

Die Abgeordneten von Union und SPD sollten als Vorbereitung der Koalitionsverhandlungen „*Wohlstand für alle*“ von **Ludwig Erhard** lesen. Denn die Aussicht, dass ohne ein geschärftes Bewusstsein für die Vorteile der Marktwirtschaft strukturelle Reformen im erforderlichen Ausmaß kommen, wird durch die Erfahrungen mit bisherigen schwarz-roten Regierungen getrübt.



Ludwig Erhard, ehemaliger Bundeskanzler, CDU-Vorsitzender und „Vater des Wirtschaftswunders“ © dpa

*Dieser Text stammt von unserem Pioneer-Experten Gunther Schnabl.
Möchten auch Sie Ihre Expertise einbringen? [Hier erklären wir, wie Sie ein
Pioneer-Expert werden können.](#)*